

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN

AKTUELL

Landesvorstand:

GUT AUFGESTELLT

Die Berliner SPD geht gut aufgestellt in die kommenden zwei Jahre: Mit knapp 80 Prozent der Delegiertenstimmen ist der Landesvorsitzende Michael Müller auf dem Wahlparteitag am 26. Juni in seinem Amt bestätigt worden. Für ihn stimmten 174 Delegierte, gegen ihn 36, es gab 9 Enthaltungen.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Barbara Loth mit 194 Stimmen, Marc Schulte mit 144 Stimmen und Iris Spranger mit 139 Stimmen im Amt bestätigt. Der bisherige Landeskassierer Mark Rackles wurde mit 140 Stimmen als neuer stellvertretender Vorsitzender gewählt. Dem bisherigen Stellvertreter Christian Hanke dankte Michael Müller für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Neuer Landeskassierer wurde der Unternehmer Harald Christ. Der gelernte Industriekaufmann, seit 22 Jahren Mitglied der SPD und seit 10 Jahren in Berlin beheimatet, erhielt 160 Ja-Stimmen bei 38 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen (Kurzporträt auf S.II).

Acht Beisitzerinnen und Beisitzer gehören dem Vorstand an. Im ersten Wahlgang erhielten Frank Boermann (140 Ja), Monika Buttgerit (174 Ja), Cordula Drautz (168 Ja), Hella Dunger-Löper (167 Ja), Renate Harant (116 Ja), Brigitte Lange (140 Ja), Klaus Mindrup (142 Ja) und Ulrike Sommer (121 Ja) die notwendige Mehrheit. Nicht durchsetzen konnten sich Ellen Haußdörfer (63 Ja), Birgit Monteiro (95 Ja) und Fabian Schmitz-Grethlein (74 Ja). Dem Vorstand gehören zudem die zwölf Kreisvorsitzenden und die Vorsitzenden der großen Arbeitsgemeinschaften an. In den SPD-Parteirat entsendet Berlin jetzt Heinz Buschkowski (156 Ja), Dilek Kolat (159 Ja) und Karin Seidel-Kalmutzki (159 Ja). Als Vorsitzender der Landesschiedskommission wurde Niko Sander bestätigt. ■ uh



Michael Müller, Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz und der neugewählte Landeskassierer Harald Christ.



Landesparteitag der Berliner SPD: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, Gastredner Sigmar Gabriel und der wiedergewählte Landesvorsitzende Michael Müller.

SPD STÄRKT DIE MIETERSTADT

Antragsberatung auf dem Parteitag

Bezahlbarer Wohnraum, Schutz von Mieterinnen und Mietern, umweltfreundliche Sanierung, Verbesserungen der Wohnquartiere, Erhalt der städtischen Wohnungsgesellschaften - das sind Ziele des einstimmig beschlossenen Antrags zur „Mieterstadt Berlin“, der im Mittelpunkt der Antragsberatung auf dem Landesparteitag am 26. Juni stand. In einem weiteren Antrag haben die Landesparteitagsdelegierten ein umfangreiches Maßnahmenbündel gegen Kinderarmut beschlossen.

In der Frage des Weiterbaus der Autobahn A 100 folgten die Delegierten den Empfehlungen von Michael Müller, Klaus Wowereit und Ingeborg Junge-Reyer. Das von ihnen favorisierte Gesamtkonzept, das die A 100-Verlängerung in den Zusammenhang mit der Verkehrsbelastung in der Innenstadt stellt, wurde nach ausführlicher Debatte in geheimer Abstimmung mit 113 zu 108 Stimmen angenommen.

Eine klare Mehrheit gab es für eine Senkung des Wahlalters zur Abgeordnetenhauswahl auf 16 Jahre. Zur demokratischen Teilhabe gehöre es aber auch, Jugendliche nicht nur mit formalen Rechten auszustatten, sondern auch Gestal-

tungsspielräume zu eröffnen, heißt es in einem ergänzend angenommenen Beschluss.

Die Forderungen des „Wasservolksbegehrens“ wurden mit dem von der SPD-Fraktion, den Grünen und der Linkspartei ins Abgeordnetenhaus eingebrachten Informationsfreiheitsgesetz als erledigt angesehen.

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller hatte zu Beginn des Parteitags die Delegierten zu Einigkeit und Geschlossenheit aufgerufen. Ein Wahlsieg in Berlin sei kein Selbstläufer, warnte er. „Wir müssen auch kämpfen.“ Die Ausgangsbasis sei gut. „Wir haben Rückenwind von Sigmar Gabriel und seinem Team.“ Es gebe eine stabile Mitgliederbasis. Die SPD setze im Bund und in Berlin auf die richtigen Themen. In der jetzigen Legislaturperiode seien erneut wichtige Themen wie die Schulreform angepackt worden, so Müller. 15 Monate vor der nächsten Abgeordnetenhauswahl zeigten Umfragen, dass die SPD die führende Kraft in der Stadt sei. Michael Müller wies auf die Werte hin, die das Handeln der Berliner SPD bestimmen: „Freiheit, Gleichheit, Solidarität - werden die von anderen in der Stadt vertreten?“ ■ uh

ZUR
PERSON

Harald Christ (38), gelernter Industriekaufmann, ehemaliger Bankchef, Unternehmer und Sozialdemokrat in Trepptow-Köpenick, ist Berliner SPD-Mitgliedern spätestens seit dem Mitgliederforum im Herbst 2008 ein Begriff, als er auf einer überfüllten Veranstaltung in der Urania die Auswirkungen der Finanzkrise erläuterte und scharf die Profitgier und Spekulationsbereitschaft der Banken kritisierte. 2009 holte Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier den Wirtschaftsfachmann in sein Team. Harald Christ absolvierte unzählige Termine und Veranstaltungen, auf denen er die sozialdemokratischen Alternativen zur schwarz-gelben Marktgläubigkeit erläuterte. Seit mehr als 20 Jahren ist Christ Mitglied der SPD, er engagierte sich bereits bei den Jusos in Rheinland-Pfalz. Von 2006 bis Anfang 2007 war er Schatzmeister des Hamburger Landesverbandes. Jetzt soll er auf Vorschlag von Michael Müller als Landeskassierer der Berliner SPD seine wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz in die Vortandsarbeit einbringen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

ZEIT FÜR NEUE INDUSTRIEN

Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Dialog

Die Chancen für Berlin, neue zukunftsträchtige Industriearbeitsplätze in der Hauptstadt zu schaffen, stehen gut, darin waren sich Gewerkschaftsvertreter, Unternehmer und Wissenschaftler einig. Dafür dass die Chancen genutzt werden, hat auch die 2. Berliner Ideenkonferenz der SPD einen Beitrag geleistet.

„Das Projekt einer neuen Industrialisierung Berlins ist eine Aufgabe, die nur durch das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichsten Akteure aus Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden, aus Wissenschaft und Politik gelingen wird“, sagt Frank Jahnke, Wirtschaftsexperte der SPD-Abgeordnetenhausfraktion. „Die Stärke des Instruments einer Ideenkonferenz liegt in der Fokussierung auf ein derartig komplexes Thema und in der gezielten Ansprache ganz unterschiedlicher Menschen innerhalb und außerhalb der Partei auf eben dieses Thema.“ Sie alle eint das Interesse an diesem Projekt und ihre Bereitschaft, hierfür einen Beitrag zu leisten - so unterschiedlich ihre politische Herkunft sonst auch sein mag.

So gab es auch Lob vom stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Christian Hoßbach für eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey, deren Berliner Repräsentantin Katrin Suder das Projekt auf der Ideenkonferenz vorstellte. Man sei einmal den umgekehrten Weg gegangen und habe ausgerechnet, wieviele Arbeitsplätze Berlin brauche, um wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen, erläuterte sie. Das wären 500.000 zusätzliche Jobs. Die sind zwar nicht kurzfristig zu schaffen, es gibt aber durchaus eine Perspektive dafür. In den vier Bereichen Gesundheitswirtschaft, E-Mobilität, Tourismus sowie Informations- und Kommunikationstechnologie habe die Stadt die besten Grundlagen.

Dass sich die Stadt ehrgeizige Ziele setzt, hält auch Christian Hoßbach für wichtig. Die Berliner Industrie sei heute kleiner, aber sehr viel innovativer und zukunftsfähiger aufgestellt als in den neunziger Jahren. „Dazu kommen die riesigen Potentiale unserer Hochschulen“, sagt der Gewerkschafter. „Der zweite Punkt der mich einigermaßen zuversichtlich stimmt: Inzwischen wird die Notwendigkeit einer Berliner industriellen Basis anerkannt - in der Politik, in den Medien und in den Verwaltungen. Es kommt jetzt darauf an, dass tatsächlich auf allen Politikfeldern für die notwendige Verbreiterung der industriellen Basis gearbeitet wird und es nicht bei Ankündigungen bleibt.“



Ludwig Jahnke zum Dialog über die Entwicklung der Berliner Industrie ein: Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller auf der 2. Berliner Ideenkonferenz.

HAUPTSTADT
IM GESPRÄCH

Es gehe darum, die ökonomische Basis für die Stadt zu schaffen, stellte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller auf der Ideenkonferenz fest. Deshalb sei auch der Anspruch richtig, eine große Zahl industrieller Arbeitsplätze neu zu schaffen. Mit einer in Berlin breit getragenen Bildungsreform habe die SPD wichtige Voraussetzungen geschaffen, sagte Müller. Die Stadt brauche gut ausgebildete junge Menschen. Mit den drei großen Entwicklungsflächen in Tempelhof, Tegel und am Humboldthafen habe Berlin eine einmalige Chance als große Metropole, neue Industrien anzusiedeln. Adlershof sei ein gutes Beispiel, wie aus der räumlichen Nähe von Unternehmen und Wissenschaft neue Prozesse in Gang gesetzt werden können.

Aus Flächen Standorte zu machen, das ist das Ziel von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. In Adlershof ist das auch dank des Engagements von Hardy Schmitz gelungen. Der Geschäftsführer des Wissenschafts- und Technologieparks WISTA Adlershof wurde inzwischen zusätzlich mit der Standortentwicklung in Tempelhof betraut.



Yüksel Karaaslan, Betriebsratsvorsitzender der Bayer Schering Pharma, Unternehmerin Gabi Grützner, Moderator Christian Stahl und Uwe Luipold, Geschäftsführer von regioconsult.



Arbeit schaffen: Christian Hoßbach, stellvertretender DGB-Landesvorsitzender und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer im Gespräch mit Moderator Christian Stahl.

Noch liegt die Wirtschaftsleistung in Berlin, die aus der Industrie entsteht, nur bei 13 Prozent - im Bundesdurchschnitt beträgt sie 23 Prozent.

Wie könnte der Aufholprozess aussehen? Christian Hoßbach: „Ich würde es großartig finden, wenn wir Lösungen für Menschheitsprobleme liefern und selbst davon gut leben können. Ob das Energietechnik oder neue Pharmaprodukte sind. Und dass wir nachhaltige Lösungen für das Leben in Metropolen entwickeln, etwa im Verkehrsbereich. Das wäre im eigenen Interesse, aber auch daraus können Exportartikel werden, denn immer mehr Menschen leben in großen Städten.“

Im Steuerungskreis „Industriepolitik“ beim Regierenden Bürgermeister arbeiten bereits Senatsverwaltungen, Kammern, Verbände und Gewerkschaften zusammen. Die SPD wird ihre industriepolitischen Vorstellungen jetzt weiterentwickeln. Frank Jahnke: „Ich glaube, wir haben durch die Beiträge auf der Konferenz wertvolle zusätzliche Anregungen erhalten und Gesichtspunkte erfahren, die bei der Ausarbeitung unserer Thesen zu einem Antrag für den Landesparteitag und damit letztlich bei der Formulierung unseres Wahlprogramms 2011 eine wichtige Rolle spielen werden. Und genau hierzu sollte eine Ideenkonferenz dem Wortsinn nach ja auch beitragen!“

■ uh



Prof. Klaus Semlinger, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Dr. Katrin Suder, Leiterin des Berliner Büros von McKinsey sowie Hardy Schmitz, WISTA-Management.

KLARE ALTERNATIVEN

Frank-Walter Steinmeier beantwortete Fragen der Mitglieder

Was sind die Antworten der SPD auf die Finanzkrise? Kommt die Bundesrepublik jemals wieder von ihren Schulden herunter? Wie kann die SPD gestärkt werden und neue Mitglieder gewinnen? Das waren nur einige der Fragen, die der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier beim Mitgliederforum der Berliner SPD im Juni zu beantworten hatte.

Die Fragen waren zum Teil vorab gestellt worden, Frank-Walter Steinmeier bezog sie daher bereits in seine Positionsbestimmung „Zukunft statt Schwarz-Gelb“ ein. Schwarz-Gelb, das war für Steinmeier ein Synonym für die „schlechteste Regierung seit Bestehen der Bundesrepublik“. Ein solches „Totalversagen“ habe er noch nicht erlebt.

Die Alternativen der SPD sind klar: Steinmeier bekräftigte die Forderung nach der Einführung der Finanztransaktionssteuer, nach einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte und nach Einführung einer europäischen Rating-



Mitgliederforum der Berliner SPD mit Michael Müller und dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier.

agentur. Es sei absurd, wenn Griechenlands Bonität von den amerikanischen Agenturen herabgestuft werde, weil es nicht genug spare, Spaniens Bonität dagegen herabgesetzt wird, weil die Sparmaßnahmen die Binnenkonjunktur schädigen könnten. Vor allem aber gehe es der SPD darum, eine Wiederholung der Krise zu verhindern und eine gerechte Beteiligung der Verursacher der Krise sicherzustellen.

Eine leichte Aufgabe werde es nicht,

vom jetzigen Schuldenberg herunterzukommen, gab Steinmeier zu. Aber schon einmal sei während der letzten Wachstumsphase ein ausgeglichener Haushalt nahezu erreicht gewesen - ehe die Finanzkrise einen Strich durch die Rechnung gemacht habe.

Die SPD selbst sieht Steinmeier auf einem guten Weg, Vertrauen zurückzugewinnen. Er verwies auf den von Sigmar Gabriel eingeleiteten Diskussionsprozess in der Partei, auf Zukunftswerkstätten und Dialogveranstaltungen.

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller hatte in seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass im kommenden Wahljahr eine schwere Auseinandersetzung vor der Berliner SPD liege. Mit dem Thema „Solidarische Stadt“ setze sie dabei den richtigen Schwerpunkt, denn dabei gehe es um den Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, zwischen Menschen, die Arbeit haben und denen, die keine haben. Michael Müller: „Uns geht es darum, die Situation in der Stadt zu verbessern.“ ■ uh

ZAHLEN & FAKTEN

Ortsvereinsbefragung. Erste Ergebnisse der Ortsvereinsbefragung liegen jetzt für die Landesverbände vor. Berlin ist dabei Spitzenreiter in der Beteiligung: Mit 80 ausgefüllten Fragebogen liegt die Quote bei 70 Prozent (Bundesdurchschnitt: 44 Prozent). Bei den Wahlkampfinstrumenten messen die Berliner Abteilungen der eigenen Ausstattung und den lokalen Materialien einen höheren Stellenwert bei als die Ortsvereine im Rest der Republik. Als wichtiges künftiges Thema für die Abteilungsarbeit wird die Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfelds angesehen (Berlin 60 %). Einen deutlich höheren Stellenwert hat in Berlin auch die Verbesserung der Integration von Einwanderern.

AKTIONEN



Die Botschaft war eindeutig: „Hier spart Schwarz-Gelb auf Ihre Kosten“, stand in großen Buchstaben auf dem Flugblatt, das Mitglieder der SPD-Abteilung „Am Südsterne“ im Juni an die Haustüren im Graefekiez geklebt haben. „Wir wollen die Menschen warnen, was mit dem Sparpaket der Bundesregierung auf sie zukommt“, erklärt die Abteilungsvorsitzende Anja Möbus. Drei Stunden lang zogen sie und ihre Mitstreiter durch Graefe- und Urbanstraße sowie durch die so genannte Düttmannsiedlung. Am Ende waren alle Flugblätter verteilt und Möbus zufrieden. „Das war aber wohl erst der Anfang. Der Widerstand gegen die Sparpläne hat erst begonnen.“

VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Hans-Günther Mahr ist neuer Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. An der inhaltlichen Ausrichtung der Fraktion werde sich nichts Grundlegendes ändern, so Mahr. „Hier sind wir nach wie vor gut aufgestellt, werden weiterhin mit Augen und Ohren dicht bei den Menschen sein und bestmögliche Politikangebote für die Bürgerinnen und Bürger von Mitte unterbreiten.“

Angelika Syring, bisherige Spandauer Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, ist zur neuen Landesvorsitzenden gewählt worden.

Werner Kleist ist als Vorsitzender der AG 60 plus im Amt bestätigt worden.

FOTOS: DIETRICH, DÖRRING, HANSCHKE, BÜRO OBERG, STADLER-LEUGERING, SCHMITTING

ZURÜCK IN DER SPD

Inge Deutschkron erhielt ihr Mitgliedsbuch

Die Schriftstellerin Inge Deutschkron, geb. 1922, bekannt insbesondere durch ihr autobiografisches Werk „Ich trug den gelben Stern“, ist wieder in die SPD eingetreten.

Ihr Parteibuch erhielt sie im Juni bei einer Neumitgliederveranstaltung ihrer SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord aus den Händen der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel. „Nach dem 2. Weltkrieg hieß meine Abteilung auch Wilmersdorf-Nord“, erklärte Inge Deutschkron dem überraschten Vorstand der erst in diesem Jahr durch Fusion entstandenen Abteilung.

Inge Deutschkron, die vom Januar 1943 bis zum Kriegsende mit ihrer Mutter bei nichtjüdischen Freunden versteckt in Berlin lebte, war in ihrer Abteilung auch schon vor der Buchübergabe aktiv. Ge-



Inge Deutschkron erhielt ihr Mitgliedsbuch von Petra Merkel.

meinsam mit Klaus Schütz rief sie Kirchengemeinden dazu auf, sich an einer gemeinsamen Aktion zum Putzen von Stolpersteinen zu beteiligen, die für September geplant ist. ■ Frank-Axel Dietrich



Gespräche in der Arminius-Markthalle: Jutta Leder.



Rundgang im Gewerbegebiet Naumannstraße: Lars Oberg.

ZEIT FÜR GESPRÄCHE

Die SPD-Fraktion setzte ihre Stadtteiltage fort

Besuche in Schulen und Kitas, Gespräche in Markthallen und an Infoständen, Kiez-Führungen und Diskussionsveranstaltungen: Die Reihe der Stadtteiltage der SPD-Fraktion ist in Moabit/Wedding und Charlottenburg, Reinickendorf und Wilmersdorf fortgesetzt worden.

Was sind die konkreten Probleme vor Ort? Das wird im Gespräch mit den SPD-Abgeordneten schnell deutlich. Beispiel Moabit: Die Arminius-Markthalle steht vor einschneidenden Veränderungen. Die Abgeordnete Jutta Leder nutzte ihren Stadtteiltag, um sich über das neue Konzept zu informieren. Jutta Leder: „Für die SPD steht im Mittelpunkt, dass den noch verbliebenen Händlern die Möglichkeit angeboten wird, ihre Stände auch unter dem neuen Konzept weiterführen zu können sowie die Nahversorgungsfunktion der Halle für die Anwohnerinnen und Anwohner.“

Lars Oberg lud an seinem Stadtteiltag zum Rundgang über das Gewerbegebiet Neue Naumannstraße mit Stadtrat Oli-

ver Schworck. Am Abend stand eine Diskussionsveranstaltung „Integration in Schöneberg - gemeinsames Leben im Kiez“ auf dem Programm.

Viele Abgeordnete besuchten im Rahmen der Stadtteiltage Grund- und Oberschulen, um sich über den Einsatz von Konjunkturmitteln bei der Sanierung oder über die Umsetzung der Schulreformen zu informieren. Auch bei Schulpolitikerin Felicitas Tesch begann der Tag mit einem Besuch des Gottfried-Keller-Gymnasiums - zusammen mit Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner und Bezirksstadtrat Reinhard Naumann. Anschließend traf Felicitas Tesch die Stadtteilmütter in Charlottenburg-Nord.

Anja Hertel besichtigte mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum Ende Juni das Werk der Firma Collonil und machte mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer einen Kiezrundgang durch die Cité Foche. Der Parlamentarische Geschäftsführer Christian Gaebler war in Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf unterwegs. ■ vwb

NEUE AUSSTELLUNG IN DER „GOETHE 80“

Bis zum 3. September ist im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel eine Ausstellung der Künstlerin Daniela von Nayhauß zu sehen. Gezeigt werden Werke aus dem Zyklus „Lieb' Vaterland magst ruhig sein“. Darin verbindet die Künstlerin Illustrationen aus Kinderbüchern mit postmodernen Ornamenten und Mustern. So verlieren die Motive ihre nostalgische Idylle und geraten in eine Auseinandersetzung mit aktueller deutscher Wirklichkeit. Daniela von Nayhauß lebt und arbeitet in Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Ausstellung ist zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros (Mo + Do 12 - 16 Uhr, Di + Mi, 10 - 14 Uhr, Sa 11 - 14 Uhr) zu besichtigen. ■ vwb

ENGAGIERT FÜR DIE UMWELT



Auf dem Umweltfest an der Straße des 17. Juni war die SPD mit einem Stand vertreten. Ab 11 Uhr hatte hier auch das Solarcafé des Fachausschusses Umwelt geöffnet.



An der Fahrradsternfahrt am 6. Juni haben sich rund 200.000 Radlerinnen und Radler beteiligt. Gut sichtbar waren die Berliner SPD-Mitglieder, die von Neukölln aus zum Umweltfest am Brandenburger Tor fuhren.

SOMMERFEST DER SPANDAUER SPD

Am Sonntag, dem 29. August, findet das traditionelle Sommerfest der SPD Spandau im Wröhmännerpark statt. Das Motto lautet in diesem Jahr „Kunst und Handwerk in Spandau“. Bei dem Fest mit einem attraktiven Bühnenprogramm, Kinderspielen und vielen Überraschungen haben Spandauer Vereine, Institutionen und Projekte die Möglichkeit, sich und ihre Arbeit an Ständen zu präsentieren oder auch das Bühnenprogramm mitzugestalten. Interessenten können sich telefonisch unter 333 71 65 oder per Mail unter kreis.spandau@spd.de anmelden. ■ vwb